

„Will Österreich wirklich das Thailand von Europa sein?“

Die Initiative „Stopp Sexkauf“ fordert ein schwedisches Prostitutionsgesetz: Der Freier wird bestraft. Vereine und Polizei sind dagegen.

CHRISTINA TRAAK

Wer in Österreich zu einer Prostituierten geht, soll sich damit strafbar machen. Das fordert die neu gegründete Initiative „Stopp Sexkauf“, die sich gestern der Öffentlichkeit präsentierte. Nach dem Vorbild Schwedens soll damit Prostitution unterbunden werden und eine Gesellschaft entstehen, in der das Kaufen einer Frau keine Option mehr ist.

Derzeit obliegt der Umgang mit dem Milieu den Ländern, ein bundesweites Gesetz gibt es nicht. Bei der Polizei registrieren müssen sich alle, doch lückenlos passiert das nicht. Aktuell sind in Wien 3300 Frauen und 71 Männer gemeldet, in der Steiermark zwi-

schen 700 und 1000, Kärntens Register zählt 600 Menschen. Alle sechs Wochen gibt es einen Gesundheitscheck, Steuern und Sozialversicherung werden, wie bei anderer Arbeit, ebenfalls fällig.

Nicht mit Kondomen lösbar

„Das ist aber keine Arbeit, das ist Gewalt an Frauen“, sagt Rachel Moran, eine Unterstützerin der Initiative. Mit 14 verließ die Irin ihr Zuhause, mit 15 wurde sie Prostituierte in Dublin. Das schwedische Modell ist für sie alternativlos, Verbesserungen „am Arbeitsplatz“ der Prostituierten seien zu wenig: „Man kann das Problem nicht mit Kondomen und einer schönen Umgebung lösen. Die Gewalt spielt sich am eigenen Körper ab.“



Moran (r.): „Prostitution ist immer Gewalt gegen Frauen“ MIRIAM ILIE

Die Vereine „Lefö“ und „Sophie“ kennen solche Schicksale. Sie arbeiten mit Sexarbeiterinnen und unterstützen beim Ausstieg. Dennoch sprechen sich beide gegen das Modell aus. „Ich kann Frauen nicht ihre einzige Einnahmequelle nehmen, ohne Alternativen zu bieten“, sagt Eva van Rahden vom „Sophie“-Verein. Für Renate Blum von „Lefö“ „entmündigt das die Frauen, nur weil man nicht akzeptieren will, dass manche das freiwillig machen“.

Auch der Leiter der Kärntner Polizeiabteilung für Menschenhandel und Schlepperei, Wolfgang Patscheider, spricht sich gegen das neue Modell aus. „Die Prostitution würde einfach in den Untergrund abwandern.

SCHWEDISCHES MODELL

1998 verabschiedet Schweden das Gesetzspaket „Kvinnofrid“ (Frauenfriede). Neben dem Verbot von Misshandlung und Vergewaltigung von Frauen ist auch das Erwerbsverbot sexueller Dienstleistungen enthalten.

Andere Länder wie Norwegen, Island, Kanada und Litauen übernahmen über die Jahre ebenfalls das nordische Modell.

Große Akzeptanz scheint es für das Gesetz in der schwedischen Bevölkerung zu geben: 80 Prozent sind heute dafür.

Dort ist es uns unmöglich, zu kontrollieren“, so der Polizist. Das mache die Lage gefährlich.

Neues Gesetz in Deutschland

Als negatives Vorzeigebemühen nennt die Initiative Deutschland. Anfang Februar haben sich SPD und Union nach jahrelangen Ringen auf ein neues Prostitutionsgesetz geeinigt: Mensch unwürdige Formen der Prostitution wurden verboten, die Kondompflicht eingeführt. Zu wenig, sagt die Kampagnenleiterin der europäischen Frauenlobby, Pierrette Pape. Schweden habe gezeigt, dass nur eine Freierbestrafung Wirkung zeige. Pape: „Nun muss sich Österreich fragen: Wollen wir wirklich das Thailand von Europa sein?“

FRÜHLINGSGEFÜHLE IM TIERGARTEN



Entzückend. Erste Tierbabys in Schönbrunn: Die Mähnspringer (links) sorgten gleich für fünfjährigen Nachwuchs. Unter den Halsbandpekaris (oben) – nicht zu verwechseln mit heimischen Wildschweinen – gibt es vier süße Babys zu bestaunen.

TIERGARTEN SCHÖNBRUNN

Motorisierungsgrad in Städten rückläufig

WIEN. Wien und Graz waren in zehn Jahren die ersten Städte mit sinkendem Motorisierungsgrad. 2015 ist erstmals in allen Landeshauptstädten die Anzahl der Pkw im Verhältnis zur Einwohnerzahl zurückgegangen. Wie hieß es gestern bei der Vorstellung der Publikation „Urbaner Verkehr der Zukunft“ des Verkehrsclubs Österreich (VCO). Die wenigsten Pkw gab es im Vorjahr in Wien mit 372 Autos pro 1000 Bewohnern. Die meisten (653) in Eisenstadt. Was alle Städte gemeinsam haben, ist, dass Platz in der Stadt stark begrenzt ist. Der VCO fordert deshalb den weiteren Ausbau platzsparenden und schadstoffarmen Verkehrs.